

Antrag an den Kreisparteitag der Rhein-Erft SPD am 30.06.2018:

Erhöhung der Sicherheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörden bei der Durchführung von Abschiebungen

Antragssteller: Kreisvorstand

(zur Überweisung an den Landesparteitag nach Beschlussfassung)

Die Rhein-Erft SPD setzt sich dafür ein, dass wie in anderen Bundesländern üblich, die Durchführung der Rückführung von vollziehbar Ausreisepflichtigen grundsätzlich von der Polizei begleitet werden soll, so dass die kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Verantwortung für die Sicherheit bei der Durchführung der Maßnahme an die Polizei übergeben können.

Begründung:

Anders als in anderen Bundesländern üblich, führen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen Ausländerbehörden in NRW die Rückführungen von vollziehbar Ausreisepflichtigen durch. Eine Polizeibegleitung erfolgt nur bei potentiell gewaltbereiten Ausreisepflichtigen und bei Ausreisepflichtigen, bei denen eine Weigerung zur Ausreise erwartet wird. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörden holen dabei die abgelehnten Ausreisepflichtigen aus ihrer Wohnung, Unterkunft oder der Abschiebehafte ab und bringen diese z.B. zum Flughafen zur Übergabe an die Bundespolizei.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden laut eigenen Berichten hierzu nur bedingt in geeigneter Weise ausgebildet. Zwar erhalten sie neben Handschellen auch Westen, die sie gegen Stichwaffen beschützen sollen, dennoch fühlen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Durchführung der Rückführung aufgrund der potentiell gefährlichen Situation unsicher bzw. unwohl. Entsprechend ist diese Arbeit für die nicht hierfür ausgebildeten Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter emotional sehr belastend.